



## Bebauungsplan „Südlich Kirschbacher Weg“



Quelle: [www.openstreetmap.de](http://www.openstreetmap.de), ohne Maßstab, genordet

## Begründung

Stand:

Entwurf zur

frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs 1 BauGB)

frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)

# **INHALT**

<b>1</b>	<b>VORBEMERKUNGEN / ZIEL DER PLANUNG</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>LAGE IM RAUM</b>	<b>5</b>
<b>3</b>	<b>ÜBERGEORDNETE PLANUNGEN</b>	<b>6</b>
<b>4</b>	<b>BESTANDSSITUATION</b>	<b>8</b>
<b>5</b>	<b>FESTSETZUNGEN</b>	<b>11</b>
<b>6</b>	<b>PRÜFUNG VON STANDORTALTERNATIVEN</b>	<b>12</b>
<b>7</b>	<b>AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG – ABWÄGUNG</b>	<b>12</b>
<b>8</b>	<b>GEPLANTE INHALTE DES UMWELTBERICHTES</b>	<b>14</b>

# 1 VORBEMERKUNGEN / ZIEL DER PLANUNG

## *Ziel und Anlass der Planung*

Gemäß § 1 Abs. 3 S. 1 BauGB hat die Gemeinde die Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Im vorliegenden Fall ergibt sich die Erforderlichkeit aus der Planungsabsicht der Herstellung unterschiedlicher Gemeinbedarfseinrichtungen um zu einer qualitativen Ausstattung der Daseinsvorsorge im sozialen und gesundheitlichen Bereich beizutragen.

Die Fläche ist bereits erschlossen, der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 1,9 ha.

Die wesentliche Zielsetzung des Bebauungsplans liegt in der Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen, Einrichtungen der Daseinsvorsorge im Bereich der Kinderbetreuung sowie der Pflege- und Patientenversorgung am „Kirschbacher Weg“ zu realisieren. Zentral ist dabei die Verlagerung und Erweiterung der örtlichen Kindertagesstätte in das Plangebiet. Eine Erweiterung am bisherigen Standort ist aufgrund geologischer und statischer Baugrundprobleme nicht möglich, zudem ist die Einrichtung derzeit an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt. Darüber hinaus sollen im Plangebiet Patientenunterkünfte errichtet werden, die der nahegelegenen Parkklinik, einer auf die Behandlung psychischer Erkrankungen spezialisierten Einrichtung, zur Verfügung stehen. Zudem ist vorgesehen, Räume für Pflege- und Betreuungsangebote sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich zu schaffen. Diese sollen verschiedene Altersgruppen berücksichtigen und auch therapeutische Leistungen umfassen.

Die Fläche liegt planungsrechtlich im Außenbereich im Osten der Stadt Hornbach und besteht größtenteils aus landwirtschaftlichen Flächen. Siedlungsstrukturell steht die Fläche in Zusammenhang mit den angrenzenden Wohnnutzungen und Versorgungseinrichtungen. Nun soll eine städtebaulich geordnete Entwicklung vorbereitet werden, indem für die Fläche unter Wahrung umweltbezogener Anforderungen die beschriebenen Gemeinbedarfsnutzungen ermöglicht werden.

## *Verfahren*

Der Rat der Stadt Hornbach hat den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans „Südlich Kirschbacher Weg“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB gefasst.

Der Bebauungsplan wird im regulären Verfahren mit allen erforderlichen Verfahrensschritten, einschließlich der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt sowie ein Umweltbericht nach § 2a BauGB erstellt.

Der vorliegende Bebauungsplan kann nicht aus den Darstellungen des Flächennutzungsplans der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land entwickelt werden, weswegen dieser im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 Satz 1 geändert wird.

Gemäß § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB i.V. m. § 17 UVPG ist im Aufstellungsverfahren zu Bauleitplänen eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und beschrieben werden. Die Ausarbeitung des Umweltberichtes erfolgt nach der Durchführung der frühzeitigen Beteiligungsschritte bzw. der nach § 4 Abs 1 BauGB einzuholenden Aussagen zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung. Die geplanten Inhalte des Umweltberichtes sind Kapitel 8 zu entnehmen.

Zudem wird der erste Prüfschritt (Relevanzprüfung) der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) gem. § 44 BNatSchG durchgeführt der als Anlage den Planunterlagen beigelegt wird.

*Rechtliche  
Grundlagen*

Den Festsetzungen und dem Verfahren des Bebauungsplanes liegen im Wesentlichen die auf dem Plan verzeichneten Rechtsgrundlagen zugrunde.

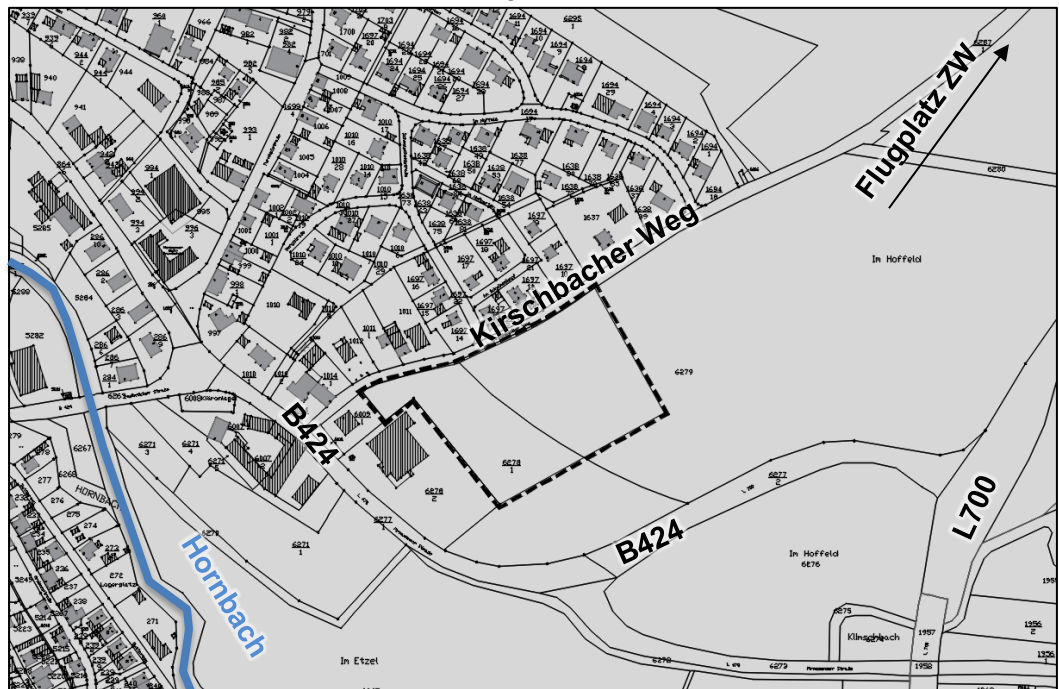
*Bearbeitung*

Die agstaUMWELT GmbH, Arbeitsgruppe Stadt- und Umweltplanung, Haldenweg 24, 66333 Völklingen, wurde mit der Erarbeitung des Bebauungsplanes, des Umweltberichts und der parallelen Teiländerung des Flächennutzungsplans beauftragt.

## 2 LAGE IM RAUM

### Lage im Raum

Das Plangebiet befindet sich im Osten der Stadt Hornbach auf landwirtschaftlichen Flächen und schließt an den derzeitigen Siedlungsrand an. Nördlich bzw. östlich verläuft die B424 die ab dem Ortseingang als Pirmasenser Straße geführt wird. Das Gewässer „Hornbach“ befindet sich ca. 250m südlichwestlich des Plangebietes. Der Flugplatz Zweibrücken befindet sich ca. 1,3 km nördlich des Plangebietes. Die rund 1,9 ha große Fläche in der Gemarkung Hornbach, Flur 0 umfasst zum Zeitpunkt der Planaufstellung Teile der Flurstücke 6279 und 6278/1.



Abgrenzung des Geltungsbereiches, genordet, ohne Maßstab

### Erschließung

Die Fläche ist über den Kirschbacher Weg im Norden an das örtliche und über die daran anschließende B424 (und die L700) an das überörtliche Straßennetz angeschlossen. Über die beiden Bus-Haltestellen an der Pirmasenserstraße in ca. 250m Lauftanz zum Plangebiet ist die Erreichbarkeit des ÖPNV gegeben.

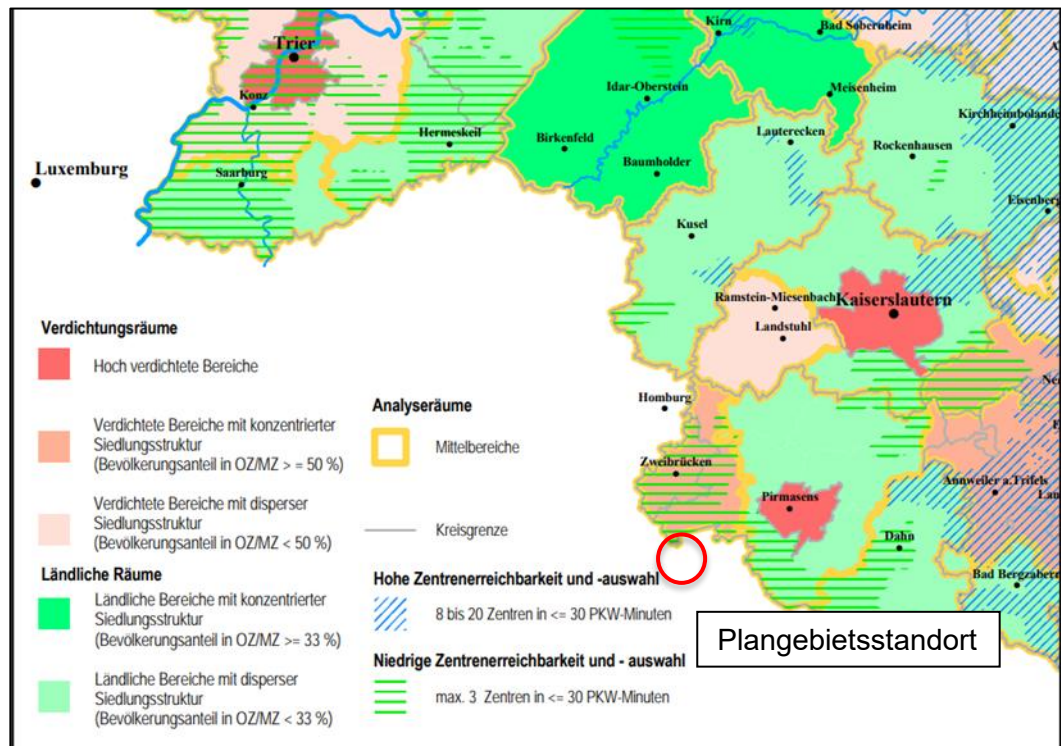
Die Organisation des Verkehrs innerhalb des Plangebietes ist zum derzeitigen Planungsstand noch nicht abschließend geklärt. Denkbar sind mehrere Anschlüsse/Zu- und Abfahrten je Nutzung an den Kirschbacher Weg

Für die Entwässerung des Plangebietes ist ein Trennsystem vorgesehen. Gegebenenfalls kann ein Anschluss des Niederschlagswassers an das bereits im Rahmen der sich in Aufstellung befindenden Bauleitplanung „Oben am Kirschbacher Weg“ geplante Regenrückhaltebecken südlich des Plangebietes erfolgen.

### 3 ÜBERGEORDNETE PLANUNGEN

#### LEP IV

Die Stadt Hornbach als Teil der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land befindet sich innerhalb des Landkreises Südwestpfalz mit einem räumlichen Bezug zum Mittelzentrum und Zentralen Ort Zweibrücken. Im Landesentwicklungsplan (LEP) IV aus dem Jahr 2008 wird die Stadt Hornbach dem monozentralen Mittelbereich Zweibrücken und dem verdichteten Bereich mit konzentrierter Siedlungsstruktur zugeordnet. Dabei liegt Hornbach in einem Bereich mit niedriger Zentrenreichbarkeit und -auswahl.



Ausschnitt aus dem LEP IV

Quelle: Ministerium des Inneren und für Sport, Rheinland-Pfalz; Landesentwicklungsprogramm (LEP IV), 2008, S. 40.

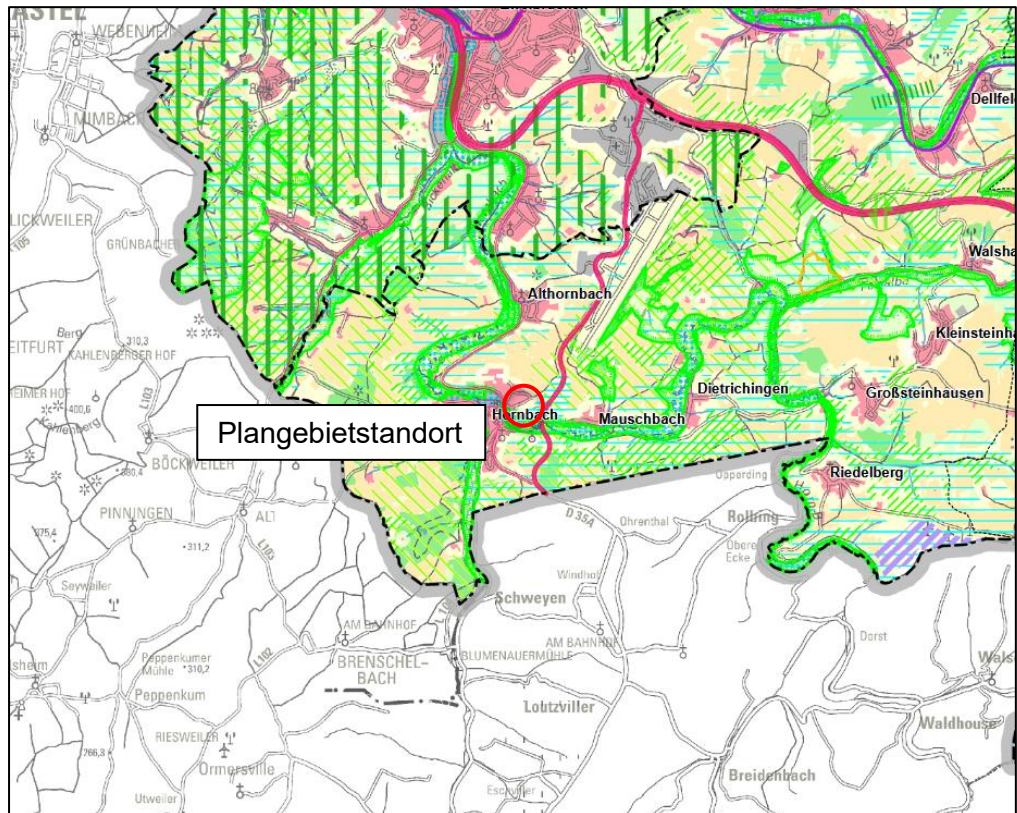
Die Planung ist insbesondere mit Ziel 3 (Z 50) des LEP IV konform: „Zur Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Landes sind Erreichbarkeiten und Qualitäten von Einrichtungen der Daseinsvorsorge unter besonderer Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung und der Sicherung wirtschaftlicher Entwicklungschancen gemeinsam von Land und Gebietskörperschaften zu gewährleisten.“

Der LEP IV enthält nach derzeitiger Kenntnis keine der Planung entgegenstehenden Aussagen und Ziele.

#### RROP

Gemäß RROP Westpfalz befindet sich das Plangebiet innerhalb „Sonstiger Freiflächen“. Das Plangebiet befindet sich nicht innerhalb von Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten. Westlich des Plangebietes befinden sich sog. „Siedlungsflächen Wohnen“. Östlich des Plangebietes befindet sich ein „Vorranggebiet für die Sicherung des Grundwassers (Z36)“. Es ist nachzeitigem Kenntnisstand nicht davon auszugehen, dass die vorliegende Planung Ziel 36 des RROP widerspricht.



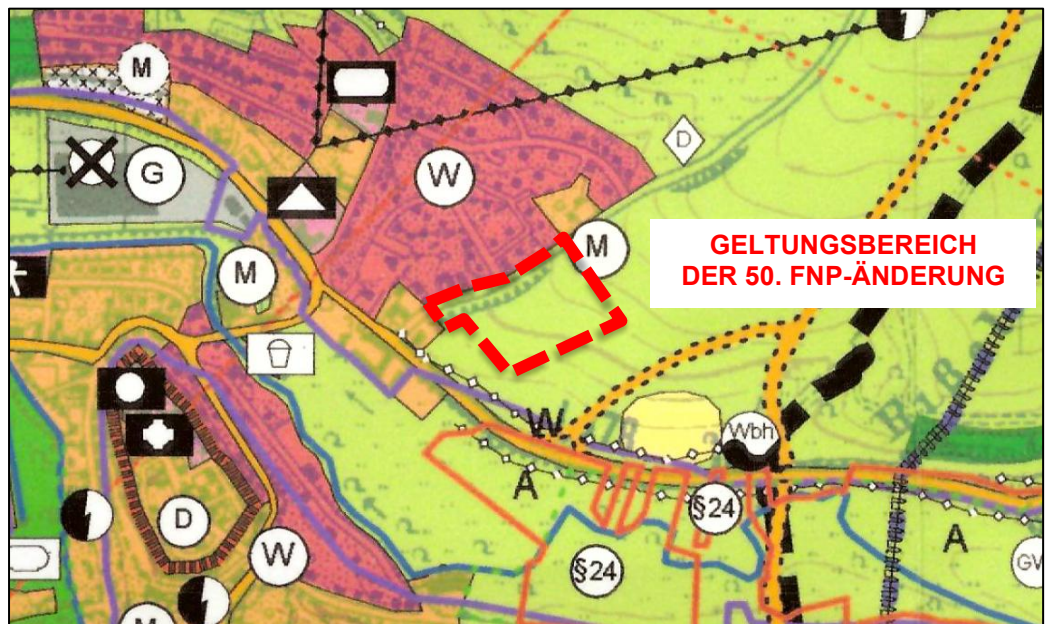


Ausschnitt aus dem ROP Westpfalz

Quelle: Planungsgemeinschaft Westpfalz, Regionaler Raumordnungsplan Westpfalz IV, 2011

FNP

Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Der wirksame Flächennutzungsplan (FNP) der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land stellt für das Plangebiet Flächen für die Landwirtschaft dar. Um dem Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 BauGB nachzukommen ist vorgesehen den Flächennutzungsplan im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.



Ausschnitt aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der VG Zweibrücken-Land einschl. des Geltungsbereiches der geplanten 50. FNP-Änderung, genordet, ohne Maßstab

## 4 BESTANDSSITUATION

Die Bestandssituation und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Planung lassen sich im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

Themenbereich	Kurzbeschreibung	Handlungsbedarf im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens
Vorhandene Nutzung Zulässige Nutzungen	Das Plangebiet wird landwirtschaftlich als Ackerland / Grünland genutzt. Im Randbereich des Plangebietes in Richtung des Kirschbacher Weges finden sich auch größere Gehölze und Gebüschstrukturen. Aufgrund der Lage im Außenbereich sind derzeit nur Nutzungen gem. § 35 BauGB zulässig.	Einbeziehung in den Innenbereich durch Aufstellung eines Bebauungsplans. Regelungen zur Bebaubarkeit nach den Festsetzungen des Bebauungsplans.  Berücksichtigung der vorhandenen Grünstrukturen bei der Anwendung der Eingriffsregelung sowie bei der Bestimmung grünordnerischer Festsetzungen.
Topographie	Das Plangebiet ist topographisch bewegt und steigt auf einer Länge von ca. 175m um ca. 17,5m von Südwesten nach Nordosten an. Das Plangebiet hat damit eine ungefähre Steigung von 10%.	Höhenfestsetzung entsprechend der topographischen Rahmenbedingungen.
Umgebende Nutzungen	Das Plangebiet ist im Norden, bzw. Nordwesten von dem Kirschbacher Weg begrenzt, für den aktuell ein Ausbau geplant ist. Der sich an den Kirschbacher Weg anschließende Siedlungsbereich ist überwiegend von Wohnnutzung geprägt.  Westlich bzw. südwestlich des Plangebietes befindet sich ein bestehender Lebensmittelmarkt (Wasgau), der über die B424 erschlossen ist. Jenseits der B424 in ca. 130 m Entfernung zum Plangebiet befindet sich die sog. „Parkklinik“ für deren Erweiterung der Patientenunterkünfte vorliegend die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden soll.  Ansonsten ist das Plangebiet von weiteren landwirtschaftlich genutzten Flächen umgeben die sich zwischen dem Plangebiet und den östlichen verlaufenden überörtlichen Verkehrswegen (B424 und L700) befinden.  Das Plangebiet befindet sich zudem westlich der Einflugschneise des Flughafens Zweibrücken, dessen Landebahn ca. 1,3km nordöstlich des Plangebietes beginnt. Gem. der dritten Teilfortschreibung des RROP Westpfalz ist „der Verkehrsflughafen Zweibrücken zu einem Sonderlandeplatz abgestuft worden“. Der kommerzielle Linienverkehr ist daher derzeit eingestellt.	Entsprechende Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung. Gewährleistung von Nutzungen, die eine konfliktfreie Nebeneinander mit den Bestandsnutzungen ermöglichen.
Geologie / Boden / Fläche	Laut Bodenkarten des Landesamtes für Geologie und Bergbau zur Bodenart bestehen die Böden des Plangebietes aus lehmigem Sand. Aus den Informationen der Karte zur Bodenformengesellschaft geht hervor, dass es sich um Böden aus solifluidalen Sedimenten (Sand, Sandstein) handelt. Sandige Böden sind für Versickerung in der Regel gut geeignet, während Sandstein je nach Verdichtung und Porosität stark variieren	Berücksichtigung bei den Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung sowie zum Umgang mit dem Niederschlagswasser.



	<p>kann.</p> <p>Die Flächen im Geltungsbereich sind landwirtschaftlich geprägt und bislang unversiegelt. Es ist davon auszugehen, dass durch die anthropogene Nutzung als Acker und Grünland eine Einschränkung der natürlichen Bodenfunktionen bereits zum Teil eingetreten ist</p>	
Wasser	<p>Es sind keine Oberflächengewässer innerhalb des Geltungsbereiches vorhanden. Der Hornbach (Gewässer 2. Ordnung) befindet sich ca. 250m westlich / südlich des Plangebietes</p> <p>Das Plangebiet befindet sich nicht innerhalb von nachrichtlichen oder festgesetzten Überschwemmungsgebieten. Die in der Gewässerkarte des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität angegebenen „Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten“ stellen ebenfalls kein Gefahrenpotential für das Plangebiet dar.</p> <p>Es werden keine Wasserschutzgebiete vom Plangebiet berührt.</p> <p>Aus der Sturzflutgefahrenkarte des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität ist keine direkte Gefährdung für das Plangebiet von einer Sturzflutentstehung abzuleiten. Ein Bereich der bei extremem Starkregen Wassertiefen bis zu 30cm aufweisen kann, schließt sich östlich an das Plangebiet an. Ebenfalls ist der Kirschbacherweg als Notabflussweg eingezeichnet.</p>	/
Klima	<p>Es ist davon auszugehen, dass das Plangebiet aufgrund seiner Ausprägung als Acker-/Grünland positiv zum Kleinklima beiträgt. Je nach Grad der Bewirtschaftung können sowohl positive als auch negative Effekte auf das Kleinklima eintreten. Dabei sind Grünlandflächen aufgrund der meist dauerhaften Vegetationseindeckung positiver für das Kleinklima als gepflügter Boden von Ackerflächen.</p>	Entsprechende Berücksichtigung bei grünordnerischen Festsetzungen und dem Maß der baulichen Nutzung.
Biotoptypen	<p>Eine Ergänzung der Biotoptypen erfolgt im Laufe des Verfahrens nach Überprüfung der örtlichen Strukturen.</p>	<p>Berücksichtigung der vorhandenen Grünstrukturen bei der Anwendung der Eingriffsregelung sowie bei der Bestimmung grünordnerischer Festsetzungen</p> <p>Entsprechende Festsetzungen zur Reduzierung der Versiegelung von Flächen.</p>
Artenschutz	<p>Eine Ergänzung zum Artenschutz erfolgt im Laufe des Verfahrens nach Überprüfung der örtlichen Strukturen.</p>	Durchführung der Relevanzprüfung im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung nach § 44 BNatSchG.
Schutzgebiete / -objekte	<p>Nach derzeitigem Kenntnisstand sind keine Naturschutzgebiete, geschützten Biotope, Naturparks, Landschaftsschutzgebiete, Landschaftsdenkmale, Gebiete des europäischen Biotopverbundes oder Natura 2000</p>	/

	<p>Gebiete (FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete) innerhalb oder angrenzend an das Plangebiet vorhanden.</p> <p>Das nächstgelegene Natura 2000 Gebiet (FFH-7000-110 und VSG-7000-043) befindet sich ca. 80m südlich des Plangebietes, jenseits der B424 innerhalb der Flussaue des Hornbachs.</p>	/
Orts- und Landschaftsbild / Erholung	<p>Das Orts- und Landschaftsbild ist geprägt von den landwirtschaftlichen Offenlandflächen sowie dem dörflichen Siedlungsbereich (Ein- und Zweifamilienhausbebauung, Lebensmittelmarkt)</p> <p>Das Plangebiet erfüllt keine dedizierte Erholungsfunktion.</p>	Entsprechende Festsetzung zur Art und zum Maß der baulichen Nutzung, grünordnerische Festsetzungen sowie einer dem Umfeld verträglichen maximalen Höhenentwicklung der Gebäude.
Altlasten	Nach derzeitigem Kenntnisstand sind innerhalb des Plangebietes keine Altlasten vorhanden.	/
Denkmalschutz	Nach derzeitigem Kenntnisstand sind keine Kultur- und Bodendenkmäler innerhalb des Plangebietes vorhanden.	/
Störfallbetrieb (Seveso III)	Nach derzeitigem Kenntnisstand sind im weiteren Umfeld keine Störfallbetriebe vorhanden.	/

## 5 FESTSETZUNGEN

*Festsetzungen* Die Festsetzungen werden im Laufe des Verfahrens nach Durchführung der frühzeitigen Beteiligungsschritte ausgearbeitet und ergänzt.

## 6 PRÜFUNG VON STANDORTALTERNATIVEN

- Standortentscheidung* Die Standortentscheidung basiert auf der planerischen Zielsetzung, die vorgesehenen Nutzungen zu realisieren. Innerhalb des Innenbereichs der Stadt Hornbach stehen keine ausreichend großen Flächen zur Verfügung, um die in der Planungskonzeption vorgesehenen Nutzungen umzusetzen. Die Wahl der vorliegenden Fläche gegenüber anderen potenziellen Außenbereichsflächen ergibt sich auch aus der aktuellen naturschutzfachlichen Bewertung, die hier vergleichsweise geringe Restriktionen aufweist. Zudem wurde die Fläche aufgrund ihres Siedlungsbezugs ausgewählt, insbesondere im Hinblick auf die Nähe zur Parkklinik, für die Patientenunterkünfte vorgesehen sind. Trotz ihrer Lage im planungsrechtlichen Außenbereich befindet sich die Fläche nahe dem Stadtzentrum und bietet eine gute Erreichbarkeit in Bezug zur geplanten Standortverlegung der Kindertagesstätte. Darüber hinaus sind die Eigentumsverhältnisse der betroffenen Flurstücke geklärt, sodass eine zügige Umsetzung der Planung zu erwarten ist. Insgesamt erweist sich die Fläche daher als besonders geeignet für die geplante Entwicklung.
- 0-Variante* Die 0-Variante würde bedeuten, dass die Fläche in ihrem Zustand verbleiben würde und weiterhin für eine landwirtschaftliche Nutzung zu Verfügung steht.

## 7 AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG – ABWÄGUNG

Mit Realisierung der Planung sind Auswirkungen auf einzelne der in § 1 Abs. 6 BauGB genannten Belange zu erwarten. Diese Auswirkungen werden im Folgenden erläutert und in die Abwägung mit eingestellt. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Aufgrund der Festsetzungen lassen sich folgende Auswirkungen erwarten, die im Rahmen der Abwägung zu betrachten und auf ihre Erheblichkeit hin zu bewerten sind:

*Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse / Verkehr*

Von einer Beeinträchtigung der genannten Belange durch die vorliegende Planung ist nicht auszugehen. Die vorgesehenen Nutzungen können sich verträglich in das nähere bauliche Umfeld einfügen.

Durch die geplante Nutzung wird zusätzlicher Fahrverkehr induziert. Aufgrund des Anschlusses des Plangebietes an die B424 ist davon auszugehen, dass keine Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Straßennetzes entstehen.

*Wohnbedürfnisse der Bevölkerung*

Der Bebauungsplan hat unter anderem die Herstellung temporären Wohnens für gesundheitliche Zwecke zum Ziel. Aufgrund des gesellschaftlichen Bedarfs und der allgemeinen Nachfrage nach gesundheitlichen und therapeutischen Dienstleistungen wird die geplante Nutzung der Herstellung von regulärem Wohnraum vorgezogen.

*Soziale und kulturelle Bedürfnisse / Sport, Freizeit und Erholung*

Die vorliegende Planung findet auf bislang landwirtschaftlich genutzten Flächen statt. Anlagen zur Erfüllung nebenstehender Bedürfnisse (Soziales, Kultur, Sport, Freizeit) sind innerhalb des Plangebietes bislang nicht vorhanden. Des Weiteren stellt sich die geplante Nutzung als konfliktarm für das Umfeld dar, womit auch

	angrenzend mit keinen Einschränkungen für die Erholungsfunktion in den privaten Rückzugsorten zu rechnen ist. Daher sind keine Beeinträchtigungen der nebenstehenden Belange zu erwarten.
<i>Denkmalschutz</i>	Innerhalb des Geltungsbereiches sind nach derzeitigem Kenntnisstand keine denkmalgeschützten Kulturgüter bekannt, weswegen davon ausgegangen werden kann, dass es zu keinen negativen Beeinträchtigungen im Zuge der Planung kommen wird.
<i>Orts- und Landschaftsbild</i>	Die zu treffenden Festsetzungen zum Maß und zur Art der baulichen Nutzung, der überbaubaren Grundstücksflächen, der Bauweise werden sich an der Umgebungsbebauung sowie der Lage am Stadtrand orientieren und gewährleisten damit ein verträgliches Einfügen zukünftiger Bebauung in das Orts- und Landschaftsbild. Es sind daher keine negativen Beeinträchtigungen auf den Belang zu erwarten.
<i>Kirchen</i>	Die Belange des § 1 Abs. 6 Nr. 6 BauGB werden durch die Planung nicht beeinträchtigt.
<i>Natur und Umwelt</i>	Die Festsetzungen werden so getroffen, dass die Auswirkungen auf die in § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB genannten Belange möglichst gering sind bzw. entsprechend kompensiert werden. Im Nachgang zu den frühzeitigen Beteiligungsschritten wird im Rahmen des Umweltberichtes eine Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung gem. §1a Abs.3 BauGB erstellt in der der durch die Planung induzierte Ausgleichsbedarf ermittelt wird sowie die weiteren natur- und umweltbezogenen Themen auf Ihre Betroffenheit untersucht.
<i>Belange der Wirtschaft / Arbeitsplätze</i>	Die Belange der Wirtschaft und der Arbeitsplätze werden durch die vorliegende Planung nicht erheblich beeinträchtigt. Das Plangebiet stand zwar bislang einer landwirtschaftlichen Entwicklung zur Verfügung, stellt aber nicht die einzige landwirtschaftliche Nutzfläche im Plangebietsumfeld dar auf der eine solche Entwicklung möglich ist.
<i>Personen- / Güterverkehr, Verteidigung / Zivilschutz</i>	Die Belange des § 1 Abs 6 Nr. 9 und 10 BauGB werden durch die vorliegende Planung nicht beeinträchtigt.
<i>Städtebauliche Planungen</i>	Nach derzeitigem Kenntnisstand sind keine Widersprüche zu weiteren von der Gemeinde beschlossenen Planungen bekannt. Der wirksame Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren geändert, sodass dem Entwicklungsgebot nach § 8 Abs. 2 BauGB nachgekommen werden kann.
<i>Hochwasserschutz</i>	Auswirkungen auf den Hochwasserschutz sind nicht zu erwarten. Das Plangebiet befindet sich außerhalb von Überschwemmungsgebieten oder Hochwasser-Risikogebieten.
<i>Flüchtlinge</i>	Belange von Flüchtlingen werden durch die vorliegende Planung nicht berührt.



## 8 GEPLANTE INHALTE DES UMWELTBERICHTES

### 8.1 Vorbemerkungen

#### *Gesetzgrundlagen*

Gem. § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB i.V. m. § 17 UVPG ist im Aufstellungsverfahren zu Bauleitplänen eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen - auch in positivem Sinne - ermittelt und beschrieben werden.

Gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, über die Ziele und Zwecke der Planung frühzeitig zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.

#### *Umweltbericht*

Im Zuge der weiteren Planung wird gem. Anlage 1 des BauGB ein Umweltbericht (Ergebnisse der Umweltprüfung) gem. § 2a BauGB für den Bebauungsplan und die Teiländerung des Flächennutzungsplans verfasst, der die „voraussichtlichen unmittelbaren und mittelbaren Umweltänderungen und Auswirkungen auf die Schutzgüter“ durch die Planung beschreibt und bewertet.

Die Inhalte des Umweltberichtes werden im weiteren Verfahren ergänzt.

#### *Spezielle Artenschutzprüfung*

Gem. § 44 Abs. 5 BNatSchG ist die artenschutzrechtliche Prüfung im Zuge der Bebauungsplanaufstellung bzw. -änderung (§ 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG) auf streng geschützte Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie sowie auf europäische Vogelarten zu beschränken. Bei der Betroffenheit besonders geschützter Arten gem. BArtSchV liegt gem. § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG kein Verstoß im Sinne des § 44 BNatSchG vor.

### 8.2 Einleitung

#### 8.2.1 Projektbeschreibung

Es erfolgt eine zusammenfassende Beschreibung der Ziele und Festsetzungen des Bebauungsplanes im Zuge des weiteren Verfahrens.

#### 8.2.2 Relevante Fachgesetze und Fachpläne

Das Baugesetzbuch enthält eine Reihe von naturschutzbezogenen Regelungen, Zielen und Vorgaben, die bei der Planung zugrunde zu legen sind. Darüber hinaus werden die relevanten Fachgesetze und Fachpläne im Zuge der weiteren Planung behandelt.

### **8.3 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen (Umweltprüfung)**

#### **8.3.1 Bestandsaufnahme und Bewertung sowie Maßnahmen zum Ausgleich**

Eine Beschreibung und Bewertung des Bestandes und der umweltrelevanten Maßnahmen erfolgt im Rahmen des Umweltberichtes zu den Schutzgütern

- Mensch
- Flora, Fauna
- Landschaft
- Boden
- Wasser
- Klima
- Luft
- Kulturgüter / Sachgüter

sowie zu den Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern.

Eine Ergänzung erfolgt im Zuge des weiteren Verfahrens.

### **8.4 Zusammenfassung**

#### **8.4.1 Darstellung der Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben**

Im Rahmen der weiteren Planung werden im weiteren Verfahren diesbezüglich Aussagen ergänzt.

#### **8.4.2 Monitoring (Maßnahmen zur Überwachung)**

Es erfolgt eine Ergänzung im weiteren Verfahren.

#### **8.4.3 Nichttechnische Zusammenfassung**

Im Rahmen der weiteren Planung werden im weiteren Verfahren Aussagen ergänzt.